

Ascher

Redaktion, Administration u. Druckerel: Kolowratring, Pflanzhaus Nr. 11. ... Abonnement für das Inland: Mit 12gl. einmal. Postversendung: Ganzj. K. 56, halbj. K. 28, viertelj. K. 14. ... Abonnement für das Ausland: Vierteljährig. Bei uns (Kreuzland-Versend.): Deutschland, Serbien K. 26, f. Staaten d. Weltpostvereines K. 22. ...

Neue Freie Presse.

Morgenblatt.

Nr. 16583.

Wien, Samstag, den 22. Oktober

1910.

Wien, 21. Oktober.

Der Gouverneur der Oesterreichisch-ungarischen Bank hat nach seiner Ernennung ein Glaubensbekenntnis abgelegt. Er sprach von der Notwendigkeit der Barzahlungen und sagte: Wir sind bereit! Dieser Trompetenstoß, der in die weiche Luft der Stadt Wien hinausgeschmettert wurde, hat ein bißchen erschreckt, ist jedoch bald mit dem Schmunzeln lässiger Ungläubigkeit abgewehrt und halb vergessen worden. Ein Professor aus Straßburg hat behauptet, daß eine gute Brille zu den nützlichsten Leistungen befähige wie ein gesundes Auge. Daraus hat er geschlossen, daß gesunde Augen wohl das Ueberflüssigste von der Welt seien und daß mit Brillen, die sich kaufen lassen, viel besser auszukommen sei. Die Oesterreichisch-ungarische Bank hat Brillen getragen und durch geschickte Ausgleichung der Wechselkurse mit Hilfe von Goldwechsellern und Goldguthaben die Beständigkeit unserer Währung und die Vollgültigkeit unserer Noten geschützt. Professor Knapp hat nun die Folgerung gezogen, daß gesunde Augen, die kein Glas brauchen, und Barzahlungen, die durch ihre Tafsächlichkeit und rechtliche Verbindlichkeit dem heimischen Gelde überall volle Geltung sichern, überflüssig geworden seien. Die Theorie des Professors Knapp hatte viel Glück in Oesterreich und wurde so gierig aufgesaugt, daß ein paar Ellen von den jetzigen Schwierigkeiten in dem Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn ihr zugerechnet werden können. Der Gouverneur der Oesterreichisch-ungarischen Bank hat nicht die Feinschmiederei, um die Straßburger Pastete zu würdigen; er hält zum alten Glauben, will die Noten nicht mit Lehrsätzen, sondern mit blankem Golde einlösen und sagt: Wir sind bereit!

Die Meinung des Gouverneurs der Oesterreichisch-ungarischen Bank ist gerade in diesem Augenblicke noch wichtiger, weil die beiden Regierungen endlich beschlossen haben, auch das Noteninstitut zu hören und dessen Vertreter zu den Verhandlungen der ministeriellen Fachreferenten heranzuziehen. Der Gouverneur Herr v. Popowics und der Oesterreichische Vizegouverneur Dr. v. Gruber sind ohnein die alten Werkmeister der Valutagesetze, und der Generalsekretär Hofrat v. Pränger ist dafür verantwortlich, daß die Bank für die Wertbeständigkeit unseres Geldes Sorge. Die Heranziehung solcher Persönlichkeiten, die über die feinsten Berge hinübergekommen sind, muß nützlich sein und wird von den Verhandlungen jeden unpraktischen, dem Zwecke schädlichen Eigenwillen möglichst fernhalten. Worum handelt es sich? Nicht um die Barzahlungen. Bisher hat sie niemand verlangt, und der Streit gilt ausschließlich der gesetzlichen Sicherung der Barzahlungen, die vorläufig zeitlos von beiden Parlamenten beschlossen werden soll. Der Unterschied zwischen der Sicherung der Barzahlungen und der Aufnahme der Barzahlungen ist sehr groß. Von der Sicherung der Barzahlungen bis zur Aufnahme der Barzahlungen ist noch ein Stück des Weges, und die Frage muß daher aufgeworfen werden, warum eine Maßregel, die nicht die Gegenwart, sondern die Zukunft berührt, auf so heftigen Widerstand stößt. Die Antwort ist sehr leicht. Es gibt

kein maßgebendes Element des Geldwesens, das ganz frei wäre von Schuld. Zunächst die Bank. Vor etwa vier Jahren, als fast die ganze Welt unter den höchsten Spannungen des Zinsfußes litt, ist der Gelbhaß in der Oesterreichisch-ungarischen Monarchie nahezu unverändert geblieben. Wien hatte das billigste Geld, billiger als die meisten reichen Länder, billiger als London und Berlin. Diese Erinnerung hat einen tiefen Eindruck zurückgelassen, und seit dieser Zeit schwärmen Minister, Abgeordnete und Parteien für die Gemächlichkeiten, die ein deutscher Professor in den schwerfälligen Prosa seiner Gelehrsamkeit hüllte. Warum hat die Bank das getan? Weil sie zeigen wollte, was die einseitliche Bank für Ungarn zu leisten vermöge, und dieses Feuerwerk hat so geblendet, daß der bescheidene Glanz der alten Weisheiten nicht mehr gefäht. Jetzt wendet sich diese Bankpolitik gegen die Währungspolitik. Die Abneigung gegen das Neue wird durch das Unzeitgemäße der ungarischen Wünsche noch verschärft. Der formelle Grund, daß über die Barzahlungen jetzt mitten in der Schlacht, die auf den Geldmächten tobt, entschieden werden müsse, weil zufällig das Bankprivilegium erlischt, kann nicht überzeugen. Das Hineingreifen der Politik in Verhältnisse, die den Wohlstand und die Lebensführung jedes einzelnen betreffen, wirkt abstoßend. Wenn die Barzahlungen nicht dreifarbig angestrichen und nicht mit ungarischen Fahnenquasten behängt worden wären, sondern nur den Gegenstand finanzieller Erwägung gebildet hätten, so würde das Mißtrauen sich nicht so lebhaft gegen sie gekehrt haben. Politisch die Barzahlungen entgegen wollen heißt, sie nahezu verhindern. Auch die Oesterreichische Regierung hat ihren Teil dazu beigetragen, die Schwierigkeiten zu vermehren. Es soll im Finanzministerium ein Testament Steinbachs sein, worin er vor den Barzahlungen dringend warnt. Gewiß ist, daß seit einigen Jahren der Widerstand gegen diese Maßregel schärfer wurde und die Regierung das Parlament und das Parlament wieder die Regierung in dieser Feindseligkeit bekräftigte. Nach einer solchen Vergangenheit muß die öffentliche Meinung verstimmt sein, und niemand kann sich darüber wundern, daß die Barzahlungen unvollständig geworden sind und daß sich die Stimmung in Oesterreich zwischen Furcht und Haß bewegt.

Ein Beweis gegen die Barzahlungen ist das nicht. Der populäre Name für die Valutaregulierung war Falottenregulierung; beiläufig in freier Uebersetzung die Schaffung eines Lumpengeldes. Die Falotten, die das unlegbare Verbleiben haben, daß die Oesterreichisch-ungarische Monarchie sich eines Borrates an Gold und Goldforderungen von ungefähr anderthalb Milliarden rühmen darf, hatten mehr Vorauszicht als die Volksführer in gewissen Parteien. Wer den Streit ohne jede Voreingenommenheit nüchtern beurteilt, wird nach solchen Erfahrungen weder zugeben können, daß die Sicherung der Barzahlungen undurchführbar sei, noch den hochmütigen Dünkel haben, sich um das Mißtrauen nicht kümmern zu wollen. Die beiden Ministerpräsidenten sollten vor der Meinung des Tages nicht kapitulieren; die beiden Ministerpräsidenten sollten die Meinung des Tages auch nicht ignorieren. Als der verstorbene Finanzminister Dr. Steinbach an die Goldwährung herantreten sollte, die er selbst ursprünglich nicht mochte, glaubte er, vor unübersehbaren Mauern zu stehen. Er hatte jedoch die Geschäftlichkeit, bei der ungarischen Regierung durchzusehen, was er für die Stimmung seines Parlaments brauchte. Vielleicht werden die Herren von der Bank, der frühere Staatssekretär Popowics und der frühere Sektionschef Gruber, die in der Stammtafel der Valuta auf den obersten Sprossen eingeschrieben sind, mit ihrem praktischen Sinne über die Verlegenheit hinweghelfen. Das Publikum und das Parlament wird froh sein, daß jetzt auch Männer zu reden haben, die unabhängig sind und nicht unter dem Druke der Politik handeln. Die alte Zusammensetzung der Valutakonferenzen ist wieder hergestellt. Nur die Titel haben sich geändert. Der Staatssekretär wird jetzt Gouverneur, der Sektionschef Oesterreichischer Vizegouverneur genannt, und beide sind wohlverdiente Erzellenzen geworden.

Das Oesterreichische Parlament kann auf die Frage, ob die Barzahlungen gesichert werden sollen, mit einem schroffen Nein nicht antworten, weil das gegen die Verträge wäre. Es muß nur verhindern, daß die Barzahlungen unter dem Zwange parlamentarischer und politischer Bedürfnisse zur ungeeigneten Zeit aufgenommen werden. Die ungarische Regierung möchte diesem Wunsche insofern entgegenkommen, als mechanische Regeln aufgestellt werden sollen, welche die Vollmachten der Regierung beschränken und den Beginn der rechtlichen Pflicht zur Einlösung der Noten an gewisse äußere Maßstäbe und Tatsachen knüpfen. Europäische Frieden, Handelsbilanz, Wechselkurs, Zinsfuß! Diese Schutzmaßregeln sind jedoch unzureichend, weil sie mit dem Fehler behaftet sind müssen, etwas in starre Formen zu pressen oder gar an Durchschnitte zu binden, was nur das kaufmännische Gefühl entscheiden kann. Niemals hat sich der Denkprozeß des Kaufmanns durch Vorschriften ersetzen lassen. Das Roerthege Gesetz über die Barzahlungen hat ebenfalls den allgemeinen Frieden zur Bedingung gemacht. Bald darauf ist der Krieg zwischen Japan und Rußland ausgebrochen. Die Oesterreichische Regierung wäre noch einen Monat vor diesem Ereignisse verpflichtet gewesen, die Barzahlungen durchzuführen, und hätte sofort in das schwerste Gewitter hineingeraten können. Das hat unser Parlament nicht vergessen und möchte eine Vollmacht, durch die es sich vielleicht von der Währungspolitik für längere Zeit ausschaltete, nicht geben. Der Gegensatz zwischen den beiden Regierungen und zwischen den beiden Parlamenten liegt somit in der Spannweite der gesetzlich zu erteilenden Vollmacht. Das Mißtrauen in die Politik ist noch stärker als das in die Barzahlungen. Die ungarischen Minister sollten den von ihnen selbst hervorgerufenen Stimmungen ein Zugeständnis nicht verweigern. Die Barzahlungen würden desto schneller und sicherer kommen, je weniger sie eine politische Niederlage Oesterreichs wären und je mehr die Gefühle des Parlaments geschont und die Besorgnisse gemildert werden.

Die heutige Nummer enthält:
„Kunstblatt“: „Kunstbilder aus Dänemark.“ von Dr. Stephan Kahans. „Johannes Sonnenleiter.“ von Adalbert Koeper. Seite 25 bis 27.
Ferner:
Die 24. Fortsetzung des Romans „Rudolf Ardagger“ von Eugen Wranh. Seite 28.

Feuilleton.

Freie Schule.

Von Hermann Vohr.

In der Albertgasse, die quer vom Lerchenfeld in die Josefstadt geht, hat die Freie Schule jetzt ihr eigenes Haus. Vom Altan oben erblicken die Kinder in der Rast, über Schlote, Dächer und Türme hinweg, den grünen Kranz der waldigen Hügel, vom Kahlenberg bis zum Anninger. Das Drohende der großen Stadt wird durch hereingießende Wiesen gemildert, der blaue Himmel ist nah und die liebe Sonne scheint. Schöner noch wär's freilich ja, das Schulhaus ganz im Grünen zu haben, auf irgend einer Höhe draußen, weit über dem Dunst der Stadt. Luft und Licht sind die besten Lehrer. Sie weden den Menschen und darin allein besteht doch schließlich alle Kunst der Erziehung. Aber wenn man nun, vom Altan herab, in eins der hellen Schulzimmer tritt, siehe, da ist man ja wirklich wie mitten im Grünen! Die frohen Kinderstimmen machen das, und die lachenden Augen und der Glanz auf allen Gesichtern.

Es wird gerade modelliert, als wir eintreten. Daben und Wädeln durcheinander beisammen. Bald in einer Bank zwei, bald nur eins. In keiner Klasse sind mehr als zwanzig. Und alles in Bewegung, alles voll Eifer! Der Lehrer bringt einen Klumpen Lehm her und teilt jedem davon aus, wie greifen da die kleinen Hände gierig zu und freuen sich, recht darin herum zu haken! Der blonde Bub in der letzten Bank, mit den verschmitzten Augen in dem altklug ernsthaften Gesicht, knetet einen Hund. Mein Lieblingshund, sagt er stolz; und es muß wirklich ein ganz besonderer Hund sein, er sieht eher einem Kanguruh gleich. Ein anderer macht ein großes Schiff und der kann sich gar nicht genug tun, immer muß er noch einen Rauchfang, immer neue Masten haben, aber wie er es gar zu gut meint und für das Lakelwerk die Fäden gar zu dünn dreht, bricht's ab und er kann von neuem beginnen, Zorn drückt ihm fest die Lippen zu. Hier ist ein kleines Mädchen mit schon ganz erwachsenen Augen, und indem sie knetet, mit zartesten Fingern, schießt sie heimlich immer seitwärts, ob man ihr auch zusehe, und es scheint ihr nicht so wichtig, was aus dem Ton wird, als ihre Hände zu zeigen. Eine andere dort ist ein bißchen verzagt, es ist das erste Mal, daß sie sich in der bildenden Kunst versucht, da sinkt ihr wohl das kleine Herz, sie sitzt ganz still und bückt sich vor, und wie sie so verlegen am Lehm herumdrückt, rundet sich ein Stück und nun setzt sie das getoßt fort und legt die Finger vor sich hin, find's Brotkrumen oder Erbsen? Sie sagt: Kapsel. Und der Lehrer nickt, da wird sie rot und freut sich still, das nächste Mal wird's schon gleich viel besser gehen, denn jetzt hat sie doch schon mehr Vertrauen zur Kunst.

Die Kinder fagen zum Lehrer Du. Und wenn einem was einfällt, so redest es, und wenn ihm was nicht recht ist, so widerspricht es, und wenn ihm was lächerlich vorkommt, so lacht es. Und allen sieht man an, daß sie sich

wohl fühlen, weil sie den Lehrer gern haben. Sie haben ihn aber gern, weil er lustig ist. Er ist ihr guter Kamerad, der von keinem was verlangt, aber jedem hilft. Er zwingt sie zu nichts, er zeigt ihnen nur, wie jedes sich anstellen muß, um zu können, was es selber will. Strafen gibt es hier nicht. Die qualende Furcht vor einer schlechten Note, böse Träume von schimpflichen Zeisuren sind unbekannt. Was fängt man dann aber mit den schlimmen Kindern an? Gegen sie hilft man sich so: man nimmt hier an, daß es keine gibt, und die Folge davon ist, daß es hier wirklich keine gibt. Denn wie man den Menschen annimmt, so wird er dann. Es stellt sich heraus, daß die schlimmen Kinder offenbar erst in der Schule dazu gemacht werden. Durch Strenge, durch den Zwang, durch Langweile. Es geht mit den Kindern wie mit den Erwachsenen. Man muß Gewalt anwenden, um den Menschen schlecht zu machen. Wie er aber fühlt, daß man ihn ein bißchen lieb hat, ist er wehrlos. Insofern spürt das ja jeder, nur will jeder, daß der andere ansingen soll, mit dem Liebhaben. Das ist die große Korheit.

Ich weiß, daß alle diese Worte vielen albern vorkommen werden, und als hätt' ich einen kindischen, dürftigen, ja recht kleinbürgerlichen Begriff vom Menschen. Viele glauben nämlich, ihn zu vergrößern und erst interessant zu machen, wenn sie ihn für ein holländisches Weisen nehmen, das nur mit Drohungen durch Furcht gebändigt werden kann. Sie sind der Meinung, daß einem Menschen erst der Mensch ausgetrieben werden muß, wenn er halbwegs brauchbar, ja bloß erträglich werden soll. Ich werde sie nicht belehren, und sie mich nicht. Aber ihre Meinung hat ja jetzt ein paar tausend Jahre lang das Menschenleben regiert. Was ist dabei herausgekommen? So laßt uns doch nun einmal die andere Methode versuchen! Werger kann's ja wohl nicht mehr werden, als es dem Menschen bisher ergangen ist, da man es für die Hauptaufgabe jeder Ordnung hielt, ihm das Leben zu ver-

Das Ergebnis der heutigen Konferenz der Ministerpräsidenten über die Barzahlungen.

Wien, 21. Oktober.

Der österreichische Ministerpräsident Freiherr von Bienerth, der ungarische Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary und Finanzminister von Lufacs hatten heute vormittags eine eingehende Besprechung über die Frage der Barzahlungen.

Das Ergebnis dieser Konferenz ist das folgende: Beide Regierungen haben beschlossen, die Verhandlungen der Sachreferenten fortzusetzen.

Beide Regierungen haben ferner beschlossen, daß diesen Verhandlungen der Sachreferenten auch die Vertreter der Oesterreichisch-ungarischen Bank zuzuziehen seien.

Dieser Beschluß geht jedenfalls aus der klugen und richtigen Erwägung hervor, daß ja die Bank unter allen Umständen berufen wäre, die Barzahlungen durchzuführen, und deshalb auch ganz besonders geeignet ist, zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung zu vermitteln. Dazu kommt noch der Umstand, daß die Persönlichkeiten, die zu den Konferenzen der Sachreferenten herangezogen werden, zum Teil dieselben sind, die seit mehr als einem Jahrzehnt an dem Ausbau der Währung hervorragend mitgewirkt haben.

Von der Bank dürften an den Konferenzen voraussichtlich der Gouverneur Dr. Alexander Popovics, der österreichische Vizegouverneur Sektionschef Dr. Ritter v. Gruber, der ungarische Vizegouverneur Geheimrat v. Tarkovich und der Generalsekretär Hofrat v. Pranger teilnehmen.

Äußerung eines hervorragenden Valutapolitikers.

Ein hervorragender österreichischer Valutapolitiker äußerte sich gegenüber einem unserer Redakteure in folgender Weise über den Beschluß der beiden Regierungen, zu den Verhandlungen der Sachreferenten auch die Vertreter der Oesterreichisch-ungarischen Bank zuzuziehen:

Ich würde eine solche Entschliebung als begründet und vernünftig ansehen. Nach den in die Öffentlichkeit gedrungenen Mitteilungen haben die bisherigen Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt. Denn das Problem ist ein fast unlösbares, die Voraussetzungen für die Aufnahme der Barzahlungen derart zu umschreiben, daß sie gleichsam von selbst in Wirksamkeit treten. Es ist nicht möglich, die Bedingungen von vornherein so positiv festzusetzen, daß daraus Konsequenzen für den Zeitpunkt des Eintrittes der Barzahlungen gezogen werden können. Wenn man sich aber gewaltsam zu einer solchen positiven und konkreten Formulierung zwingt, kann sie durch die Tatsachen leicht umgeworfen werden.

Man muß also trachten, außerhalb dieses Rahmens einen Ausweg zu finden, und da scheint es mir ein richtiger Gedanke zu sein, daß die Bank eine wertvolle Vermittlerrolle übernimmt. Ihre leitenden Persönlichkeiten haben sich zum Teil mit den hier in Betracht kommenden Fragen Jahre hindurch befaßt und sind daher mit dem Gegenstande der Verhandlungen auf Grund ihrer Erfahrungen und ihrer Mitwirkung genau vertraut. Sie werden aus den Beratungen ersehen, welche Konzeptionen die österreichische und welche die ungarische Regierung als das Maximum ansieht, und vielleicht gelingt es dann unter Mitwirkung der Funktionäre der Bank, zu einem Kompromiß zu kommen. Die leitenden Persönlichkeiten der Bank werden bei diesen Beratungen bemüht sein, die größte Objektivität an den Tag zu legen.

Die heutigen Ministerkonferenzen über die Barzahlungen.

Von unserem Budapest Korrespondenten.

Die beiden Regierungen haben heute mittags vereinbart, die Verhandlungen über die Aufnahme der Barzahlungen im Laufe der nächsten Woche durch die Sachreferenten fortsetzen zu lassen und sie erst dann wieder selbst in die Hand zu nehmen. Bis zur nächsten Woche werden die österreichischen Sachreferenten, die derzeit mit ihrem Finanzminister Ritter v. Wilinski nicht in Fühlung stehen, weil er sich nicht in Wien befindet, neue Instruktionen erhalten. In den neuerlichen Beratungen soll der Versuch unternommen werden, trotz des geringen Erfolges der bisherigen Sachkonferenzen doch zu einer solchen Klärung der Begriffe zu gelangen, welche die beiden Regierungen in die Lage setzen würde, eine vollständige Vereinbarung abzuschließen.

In den bisherigen Beratungen der Sachreferenten zeigte sich derselbe Gegensatz, der auch die beiden Regierungen daran verhindert hatte, zu einer Einigung zu gelangen. Die Schwierigkeit lag damals darin, daß die ungarische Regierung sich nur mit einer solchen Vereinbarung begnügen wollte, welche die Frage der Aufnahme der Barzahlungen auch ohne Feststellung eines fixen Termins dem Wesen nach schon jetzt endgültig gelöst hätte, während die österreichische Regierung eine allgemeine Formel suchte, durch welche die endgültige Entscheidung über diese Frage nicht getroffen worden wäre. Dieser Gegensatz wurde durch die politische Lage hervorgerufen, welcher die beiden Kabinette in Oesterreich und in Ungarn gegenüberstehen.

Trotzdem wurde der Versuch einer Ueberbrückung der Gegensätze unternommen. Diese Aufgabe fiel den Sachreferenten zu. Im Laufe ihrer Beratungen kam jedoch der Gegensatz zwischen den Regierungen neuerlich zu klarem Ausdruck. Denn während die ungarischen Sachreferenten bemüht waren, eine möglichst konkrete und präzise Formulierung der Voraussetzungen für die wirkliche Aufnahme der Barzahlungen zu konstruieren, so daß die Vereinbarung eine jeden weiteren Zweifel ausschließende, wenn auch nicht kalendrische, sondern nur sachliche Determinierung des Zeitpunktes dieser Maßregel enthalten hätte, verhielten sich die österreichischen Referenten gegen alle Vorschläge auf eine solche konkrete Formulierung ablehnend und erachteten ihrerseits nur eine ganz allgemein gehaltene Umschreibung für zulässig, so daß die Interpretierung dieser Vereinbarung und ihre tatsächliche Durchführung doch von späteren Verhandlungen abhängig gemacht wäre.

In dieser Sachlage befanden sich die österreichischen und die ungarischen Referenten in starkem Abstand voneinander. Die österreichischerseits beschränkten allgemeinen Formeln wurden von den ungarischen Referenten, getreu ihren Instruktionen, abgelehnt. In die Erörterung der von ungarischer Seite angeregten konkreten Formulierungen wollten sich die österreichischen Referenten nicht einlassen. So gerieten die Verhandlungen ins Stocken, zum Teil auch deshalb, weil die österreichischen Referenten sich nicht wie ihre ungarischen Kollegen in fortwährender Berührung mit ihrem Minister halten konnten und bald an dem Punkt anlangten, wo ihre Instruktionen erschöpft waren. Bevor sie neue Instruktionen einholten, verhielt die Fortsetzung der Verhandlungen keinerlei Erfolg.

In dieser Sachlage hat die heutige Ministerberatung trotz der Abwesenheit des österreichischen Finanzministers Ritter v. Wilinski weittragende Bedeutung. Wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, ist es als ihr Ergebnis zu betrachten, daß die österreichischen Referenten tatsächlich neue Instruktionen erhalten werden, welche die Weiterführung

der Verhandlungen ermöglichen sollen. Sobald diese Instruktionen ausgearbeitet sind, was zu Beginn der nächsten Woche der Fall sein dürfte, werden die Referenten neuerlich, und zwar in Budapest, zusammentreten, unter Berücksichtigung der in welchen gewisse bisher vorhandene Schwierigkeiten keine Rolle mehr spielen werden. Ob der übrig bleibende Rest von Schwierigkeiten auch überwunden werden kann, das wird sich erst dann zeigen. Die Entscheidung aber ist erst in den auf die Referentenberatungen folgenden neuen Verhandlungen der beiden Regierungen zu erwarten.

Besprechung des ungarischen Finanzministers mit dem Bankgouverneur.

Finanzminister v. Lufacs empfing heute nachmittags den Besuch des Gouverneurs der Oesterreichisch-ungarischen Bank, Dr. Popovics, und hatte mit ihm eine längere Unterredung über die Bank- und Barzahlungsfrage.

Polonyi über die Geheimgeschichte des letzten Ausgleichs.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 21. Oktober.

Der gewesene Justizminister Gega Polonyi erklärte einem Mitarbeiter des „Blattes „Az Est“, er habe keine Kenntnis davon, daß Dr. Welerle mit dem gewesenen österreichischen Ministerpräsidenten Baron Bed ein geheimes Abkommen bezüglich der Barzahlungen abgeschlossen hätte. Man wisse, daß Dr. Welerle und Freiherr v. Bed in Komorn bei dem dortigen Gouverneur Stellvertreter Matthias Pfeifer eine Zusammenkunft hatten, bei welcher mehrere geheime Abmachungen für den Fall des Abschlusses eines zwanzigjährigen Handelsvertrages zwischen den beiden Staaten der Monarchie getroffen wurden. Ein Punkt derselben habe die Hypothekensicherheit der ungarischen Papiere in Oesterreich, ein anderer die Surtaxe auf Zucker betroffen. In der Verhandlungsbasis figurirte damals zum erstenmal eine Klausel, wonach für ewige Zeiten die Waren des einen Staates auf dem Gebiete des anderen Staates mit höchstens einem Drittel des Satzes des autonomen Zolltarifes belegt werden dürften. Als man aber darauf kam, daß ein solcher Zollsatz die Einfuhr von Wein und Mehl nach Oesterreich unmöglich machen würde, wurde der ganze Zoll mit 25 Millionen Kronen kontingentiert und bestimmt, daß der Zollsatz von einem Drittel der Höhe des Tarifs 50 Prozent des Verkehrswertes der Ware nicht übersteigen dürfe. Diese Vereinbarungen sollten aber nur für den Fall gelten, als ein zwanzigjähriger Vertrag zu stande gekommen wäre. Polonyi erklärte ferner, auch davon zu wissen, daß zwischen Dr. Welerle und Freiherrn v. Bed eine Vereinbarung zu stande gekommen wäre, wonach, insoweit die Oesterreichisch-ungarische Bank ihr Gesuch wegen Verlängerung des Privilegs nicht einreichen würde, die ungarische Regierung die Erbringung eines der Teilung der Bank präjudizierenden Reichstagsbeschlusses verhindern würde. Die Folge davon war, daß Welerle und Kossuth mehrmals ihren Einfluß aufboten, um zu verhindern, daß das Abgeordnetenhaus vorzeitig einen die Errichtung der selbständigen Bank ausprechenden Beschluß fasse. Welerle und Kossuth hätten also ihr der österreichischen Regierung gegebenes Versprechen eingelöst, jetzt sei es an der österreichischen Regierung, einzulösen, was sie Kossuth und Welerle versprochen habe. Es ist allgemein bekannt, daß Dr. Welerle in den Verhandlungen des Hauses den Bestand einer geheimen Abmachung bezüglich eines zwanzigjährigen Handelsvertrages zugegeben habe. Gleichzeitig habe Dr. Welerle erklärt, daß keine andere geheime Abmachung existiere.

leiden, weil er nur zitternd allensfalls zu zähmen sei. Laßt uns nun doch einmal sehen, was aus ihm werden mag, wenn man ihm vertraut, wenn man an ihn glaubt, wenn man ihn frei läßt! Wird unser Verfahren ebenso zu Schanden, wie es eures noch immer geworden ist, dann geschieht ja schließlich nichts, als daß alles beim alten bleibt. Es kann sich höchstens ergeben, daß auch mit Liebe der Mensch ebenjowenig gelingt, als er bisher mit Prügelungen ist; vielleicht gelingt er überhaupt nicht. Aber warum will man uns ein Experiment verbieten, das vielleicht den alten Traum der Menschheit von einem Reich des Friedens und der Freude erfüllt oder aber uns davon befreit, durch den Beweis, daß er nur ein Wahn war, den wir dann also zur ewigen Ruhe bestatten wollen? Aller geistige Streit unserer Zeit geht schließlich nur um dieses Experiment. Die einen wollen den Menschen auch ferner als ein reizendes Tier an der Kette halten, die anderen sind neugierig, was denn wohl aus ihm würde, wenn man ihn einmal frei herumlaufen läßt. Richt man auf beiden Seiten die großen Worte ab, so bleibt schließlich nichts als dies. Dort drüben eine Todesangst vor dem Menschen, wie er war, ist und, behaupten sie, bleiben wird, hier aber, bei uns, das stille Vertrauen auf ihn, der sich ja nur noch nie hat zeigen dürfen. Wir haben halt eine bessere Meinung von ihm, das ist vielleicht der ganze Unterschied. Und wer recht hat, das hängt ja vielleicht am Ende nur davon ab, wer die Kraft haben wird, seine Meinung durchzusetzen. Wie es nämlich vielleicht gar nicht eine Eigenschaft der Dinge ist, schön oder häßlich zu sein, sondern ihre Schönheit oder Häßlichkeit aus den Augen, die sie ansehen, kommt, so mag auch der Mensch beides sein, gut und böse, je nachdem er für gut oder böse gehalten und danach behandelt wird. Das Kind aber ist bisher in der Schule sozusagen überhaupt nicht behandelt worden, sondern mißhandelt. Was das Kind in der alten Schule gelernt hat, war der Haß. Den hat es da zuerst kennen gelernt, den Haß der Menschen voreinander und ihr tiefes Mißtrauen und den Zwang. Ich erinnere mich noch mit Mut, wie wir un-

natürlich steif sitzen mußten, entsetzlich bange Stunden lang, die Hände auf der Bank, als wären wir Diebe, in atemloses Stillschweigen eingeschmürt, unter dem lauernenden Blick des Meidischen dort oben, der Jagd auf uns machte, unsere kleinen armen Seelen einzufangen. Wem aus meiner Generation wird nicht heute noch die Zunge bitter, wenn er an seine verlorene, zerquälte, geschändete Schulzeit denkt? Uns war der Lehrer der böse Feind. Wie froh wird mir hier in dieser lachenden Schar, der er ein guter Kamerad ist! Denn dies ist die Methode der Freien Schule: sie vertraut dem Menschen und läßt ihn wachsen, in der guten Erde heiterer Liebe, die Kinder empfinden und vergelten es, und das Schulzimmer, das uns voll Haß und Dual war, wird zum Idyll.

So fand ich es in der Freien Schule, von der es heißt, daß sie Atheisten züchten will. Nein, sie will das nicht, sondern ihr Sinn ist es umgekehrt, nichts zu züchten, sondern das Menschenkind werden zu lassen, seiner eigenen Natur gemäß, und ihm nur zu helfen, daß es sein inneres Gesetz selbst erkennen und verstehen lerne. Wir glauben ja heute nicht mehr an eine Wahrheit, die für alle gültig wäre, sondern wir meinen, Wahrheit sei des Menschen innerstes Eigentum, das jeder wieder erst in sich selbst zu suchen und zu finden hat, weil es eben aus dieser heiligenden Kraft des eigenen Suchens, eigenen Findens erst entsteht, sonst ist's nur ein leeres, lebloses, nichts wirkendes und unermögendes lediges Ding. Wie oft hören wir Eltern darüber klagen, daß all ihre Erfahrung unnütz sei, weil die Kinder nicht darauf hören! Solche Eltern vergessen, daß Erfahrung ein ganz persönliches Gut ist, sie gilt nur für den, der sie gemacht hat, denn sie gilt ja nur für einen bestimmten Zweck, jeder neue Mensch aber gibt dem Leben einen neuen Zweck. Wären die Kinder nichts als eine Wiederholung der Eltern, so könnte des Vaters Erfahrung den Sohn führen, aber dann würde die Menschheit immer nur repetiert, niemals fortgesetzt, icht entwickelt. Aber der Sohn soll mehr werden, als der Vater war, mit jedem neuen Menschen fängt eine neue Form der Menschheit an,

was soll sie da mit dem alten Mittel? Wir haben jetzt begreifen gelernt, daß nichts an sich gut, nichts an sich schön, nichts an sich wahr ist, sondern nur das, was einen Menschen zur Erfüllung bringt, eben dadurch für ihn zum Guten, Schönen und Wahren wird: jeder muß das für sich selber entdecken. Des Vaters Erfahrung entfällt alle Antworten auf seine Fragen, aber der Sohn ist ja wieder eine neue Frage an das Schicksal. Ihr den Mund zu verstopfen, darin bestand früher alle Erziehung. Die neue besteht darin, sie andächtig anzuhören. Denn was das Kind vom Vater lernen kann, ist nicht viel, das ist ja schon erledigt, aber aus den Fragen des Kindes kann er ahnen, was der Menschheit die Zukunft antworten wird.

Jedem ist es schon einmal geschehen, daß er irgend ein Buch, das er seit Jahren kennt, bei Gelegenheit wieder zur Hand nimmt, um nun zu seiner größten Verwunderung Gedanken darin zu finden, die ganz neu scheinen und ihm plötzlich so vieles erklären. Ja, hat er denn das Buch nicht vor Jahren schon gekannt? Hat er nicht eben die nämlichen Worte, die jetzt auf einmal solche Macht über ihn haben, vor Jahren schon gelesen? Und war er damals taub für eben das, was nun so bedeutend, entwirrend, erlösend auf ihn wirkt? Und geschieht es nicht ebenso, daß wir zuweilen umgekehrt ein altes Buch wieder auffuchen, weil wir uns erinnern, welche Lebenskraft uns einst daraus angeglüht hat, und nun ist aber auf einmal nichts als Asche darin? Denn kein Buch kann einem Leser mehr geben, als er selbst dem Buch entgegenbringt. Mit dem Gespräch unter Freunden, mit der öffentlichen Rede ist es nicht anders. Auch das Gespräch, so sehr es uns zuweilen neu zu befeelen, auch der öffentlichen Redner, der uns in eine andere Welt fortzutragen scheint, sagen uns nichts, als wir uns dabei selber sagen. Buch, Gespräch und Rede wirken nur dadurch auf uns, daß sie uns zum Selbstgespräch bestimmen. Wir brauchen sie, weil der Mensch die Reibung am Menschen braucht, durch sie wird er mit geheimnisvoll magnetischer Macht aus sich herausgeholt. Allein sind wir nur ein Teil von uns, am anderen erst-

Die Erklärungen Dr. v. Bilinskis in der Wasserstraßenfrage.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)
Lemberg, 21. Oktober.

Nachträglich wird zu der Sitzung der Demokraten über die Wasserstraßenfrage noch berichtet, daß Finanzminister Dr. v. Bilinski auf die Frage eines demokratischen Abgeordneten, ob die Regierung in der Lage wäre, die Garantie für die parlamentarische Genehmigung des Kompensationsangebotes bei Entfall der Kanalbauten zu übernehmen, erklärt habe, Ministerpräsident Freiherr v. Bienerth sowie das Gesamtkabinet seien für die Gewährung der Kompensationen, allein eine Garantie könne hierfür natürlich nicht übernommen werden. Die Sache müßte erst parlamentarisch durchgeführt werden, und hierzu könnte wesentlich der Polenklub beitragen, wenn er beschließen würde, diese Transaktion warm und mit Eifer zu unterstützen.

Daraufhin rief ein Mitglied des Demokratenklubs: „Was? Gar noch mit Eifer soll dies geschehen?“

Nach übereinstimmenden Mitteilungen sind jene Mitglieder des reichsrätlichen Polenklubs, welche der polnischen Volkspartei angehören, mit Ausnahme des Abgeordneten Sredniawski, insgesamt gegen die Kanalbauten und für die Annahme des Entschädigungsangebotes.

Finanzminister Dr. v. Bilinski hat heute abends die Rückreise nach Wien angetreten.

Die Entscheidungen der Demokraten und Konservativen in der Wasserstraßenfrage.

Die vom Demokratenklub in der Wasserstraßenfrage gefasste Resolution enthält folgende Stellen: Daran festhaltend, daß der Staat rechtlich verpflichtet ist, in Galizien die Wasserstraßen herzustellen, überläßt der Demokratenklub mit vollem Vertrauen die weitere Methode des Vorgehens in dieser Frage dem reichsrätlichen Polenklub, und zwar in der Überzeugung, daß es nicht angemessen erscheint, dem Polenklub die einschlägige Taktik vorzuschreiben.

„Gazeta Narodowa“, das Organ der polnischen Konservativen, veröffentlicht ein parteioffizielles Communiqué, in welchem folgendes ausgeführt wird: Wenn Hoffnung vorhanden wäre, daß eine neue Regierung im Stande sein werde, das Wasserstraßengesetz vom Jahre 1901 durchzuführen und das Parlament zur Bewilligung der erforderlichen Kredite zu veranlassen, so müßte man auf den Verlust der gegenwärtigen Regierung hinarbeiten. Dies dürfe man aber kaum erwarten, sogar die Militärverwaltung bemüht sich, in den Delegationen mit Rücksicht auf die Finanzlage und die Schwierigkeiten bei Botierung der Kredite ihre Forderungen möglichst einzuschränken. Nur eingedenk dessen, daß eine neue Regierung auch nicht das zu Stande bringen werde, was der gegenwärtigen nicht möglich ist, hat die Mehrheit der Abgeordneten in den Lemberger Verhandlungen eine gewisse Weichherzigkeit bekundet. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, und es wird sicherlich auch eine Vollversammlung der polnischen Abgeordneten nichts Entscheidendes in dieser Sache beschließen. Die in der Dänmännerkonferenz und in den Klubs durchgeführte Debatte kann dem reichsrätlichen Polenklub bei weiteren Verhandlungen mit der Regierung als Direktive dienen. Die früheren Landtagsbeschlüsse bleiben wohl aufrecht, aber die von den Klubs erteilten Weisungen brechen der Kanalfrage die politische Spitze ab.

Die Prager Verhandlungen.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Prag, 21. Oktober.

Die Situation hat heute keine wesentliche weitere Entwicklung erfahren. Man war be-

müht, über die Schwierigkeiten, die in der Debatte des Unterausschusses I über die Landesordnung notwendigweise auftauchen mußten, hinwegzukommen, fand aber noch keinen gangbaren Weg und verschob die weitere Auseinandersetzung auf den Beginn der nächsten Woche. Die Beratung hatte den § 42 der Landesordnung zum Gegenstand, der von der Geschäftsführung und Beschlusfassung im Landesauschusse spricht. Vorher war vom Grafen Schönborn, als dem Obmann des neungliedrigen Redaktionskomitees, das gestern über die Anträge zum § 32 a zu beraten hatte, Bericht erstattet worden. Dieser Paragraph bestimmt bekanntlich in seinem ersten Passus, daß die Referate im Landesauschusse bei rein nationalen Angelegenheiten den Referenten der betreffenden Nationalität zuzuweisen sind. Im Redaktionskomitee wurde dieser Passus mit Abänderungen, die teils von den Deutschen, teils von den Tschechen stammen, angenommen. Es war zu erwarten, daß der Unterausschuss die Beschlüsse des von ihm eingesetzten Redaktionskomitees ohne weiteres verifizieren werde. Dies traf jedoch nicht ein. Die Beschlusfassung über diesen Paragraphen wurde verifiziert und die Beratung des § 42 vorgenommen. Diese plötzliche Wendung, die nicht gerade als eine günstige bezeichnet werden kann, ist auf einen ausdrücklichen Wunsch der Tschechen zurückzuführen. Sie erklärten, daß die beiden Paragraphen, von denen der eine die Referatszuteilung, der andere die Beschlusfassung im Landesauschusse betrifft, mit einander im Zusammenhang stehen und darum auch zusammenhängend behandelt werden müßten. Die Vermutung liegt nahe, daß dieses Verlangen der Tschechen wesentlich taktischen Erwägungen zu Grunde liegt, und daß diese Taktik ein Ergebnis der Sitzung war, die vormittags von den tschechischen Kommissionsmitgliedern in Gegenwart anderer führender tschechischer Abgeordneter abgehalten wurde. Es heißt, daß in dieser Beratung behauptet wurde, daß die Deutschen diejenigen Forderungen, die in früheren Sitzungen auf Schwierigkeiten gestoßen sind, bei der Detailverhandlung jener Punkte, die irgend eine Gelegenheit dazu bieten, wieder durchzubringen versuchen. Man müsse deshalb derartige zusammenhängende Gegenstände auch zusammenhängend beraten. Das über die Verhandlung der Tschechen ausgegebene Communiqué sagt, daß die Tschechen die Forderung nach Sektionalisierung des Landesauschusses für unvereinbar mit der Einheit des Landes und seiner Verwaltung halten. Das Junktim, das auf ihren Wunsch in der Beratung der beiden Paragraphen geschaffen worden ist, kann also nur den Sinn haben, daß sie die nationale Zerteilung der Referate und den nationalen Schlüssel bei der Befehung der Landesbeamtenstellen, die im § 32 a ausgesprochen werden, nur dann zugestehen wollen, wenn die Deutschen sich in der Frage der nationalen Gruppenbildung im Landesauschusse nachgiebiger zeigen. Die deutschen Kommissionsmitglieder verharren jedoch bisher einmütig auf dem Standpunkte, daß sie in nationalen Dingen gegen die einfache Ueberstimmung im Plenum des Landesauschusses, wo ihnen eine so starke, nicht deutsch gesinnte Majorität gegenübersteht, irgendwie gesichert sein wollen. Dies war der Kern der Streitfrage, der einen gedeihlichen Fortschritt der heutigen Debatte verhindert hat. Es sind nun zur Formulierung der §§ 32 a und 42 Anträge von deutscher Seite (Dr. Eppinger und Dr. Frenzl) sowie von tschechischer Seite (Dr. Forscht) eingebracht worden. Zwischen diesen Formulierungen wird nun ein Mittelweg zu suchen sein. Der Auffuchung eines solchen Kompromisses sind zwanglose Besprechungen gewidmet, die morgen vormittags auf deutscher und auf tschechischer Seite abgehalten werden. Für Montag ist eine Versammlung der jungtschechischen Landtagsabgeordneten einberufen, in der voraussichtlich Direktiven für das weitere Verhalten der jungtschechischen Mitglieder in den Kommissionsberatungen

gegeben werden. Die Schwierigkeiten der Situation liegen klar zu Tage. Es wird jedoch von allen Seiten die Hoffnung ausgesprochen, daß auch diesmal die private und inoffizielle Aussprache, der drei Tage eingeräumt sind, zu einer Klärung und Annäherung der Standpunkte führen werde.

Auch das Dreierkomitee, das sich mit der Frage der Kreisvertretungen befaßt, hielt heute eine Sitzung ab, die einem Entwurfe allgemeiner Grundzüge der Kreisverfassungen gewidmet war. Es wurde aber über diese Sitzung keine Berichterstattung ausgegeben.

Die Beratung des Subkomitees über die Landesordnung.

Der engere Ausschuss I hielt heute unter dem Vorsitz des Grafen Adalbert Schönborn und in Anwesenheit des Statthalters Grafen Coudenhove sowie sämtlicher Mitglieder eine längere Sitzung ab, in der die §§ 32 a und 42 der Regierungsvorlage und die hierzu gestellten verschiedenen Anträge einer eingehenden Beratung unterzogen wurden. Die Verhandlung wurde nicht abgeschlossen und wird Dienstag den 25. d. um 3 Uhr nachmittags fortgesetzt werden. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Körner, Dr. Eppinger, Dr. Bischofsky, Dr. Bachmann, Pachter, Dr. Frenzl, Solol und Graf Thun, Statthalter Graf Coudenhove, die Abgeordneten Dr. Forscht und Dr. Baernreither.

Die Mitteilung über die tschechische Versammlung.

Ueber die Beratung der Tschechen wird mitgeteilt: Heute vormittags fand im Landtagsgebäude eine Beratung der tschechischen Mitglieder der Kommission für die Änderung der Landesordnung statt, an der Vertreter aller im tschechischen Landtagsklub vereinigten Parteien teilnahmen. Als Vertreter der Parteien waren die Abgeordneten Dr. Baza, Choc und Dr. Kramarz erschienen. Abg. Dr. Fiedler berichtete über die bisherige Tätigkeit des Unterausschusses für die Kreisvertretungen und des Referentenkomitees für die Änderung der Gerichtsbezirke. Die Abgeordneten Hlina und Hnidel gaben weitere Aufklärungen und führten die Bedingungen an, unter denen man an die Beratung geschritten war. In ausführlicher Debatte wurde auf die unzulänglichen Grundlagen der Regierungsvorlage hingewiesen und die Notwendigkeit eines eingehenden Studiums derselben betont. Ueber die Minoritätenfrage referierten die Abgeordneten Dr. Czizak, Dr. Hlina und Hnidel. Alle drei betonten ausdrücklich, daß der Minoritätenklub ein unentbehrbarer Bestandteil der gegenwärtigen Arbeiten des Landtages sei, der gleichzeitig mit den anderen Fragen behandelt werden muß. Ueber den Verlauf der Verhandlungen im Unterausschuss für die Reform der Landesordnung referierte Abg. Dr. Forscht. Nach den Ausführungen der übrigen Mitglieder dieses Unterausschusses Dr. Dvorzal, Körner, Solol und Bischofsky wurde einhellig konstatiert, daß die deutsche Forderung nach einer Teilung des Landesauschusses in Sektionen oder Senate mit der Einheit der Landesverwaltung unvereinbar sei. Zum Schlusse bemerkten die Abgeordneten Dr. Dvorzal, Dr. Baza und Choc, daß die vom Landtag erteilte dreiwöchentliche Frist am 22. d. abläuft, und es wurde für notwendig erklärt, daß in Bezug auf die Einberufung des Landtagsplenums eine Einigung erzielt werde. Nach zweistündiger Dauer wurden die Beratungen auf Montag um 10 Uhr vormittags vertagt.

Der jungtschechische Landtagsklub ist für Montag um 3 Uhr nachmittags zu einer Sitzung in die Räume des tschechischen Nationalrates einberufen worden.

Audienz des Grafen Aehrenthal.

Wien, 21. Oktober.

Der Kaiser hat heute um 11 Uhr vormittags den Minister des Aeußern Grafen Aehrenthal in Schönbrunn in einstudiger besondrerer Audienz empfangen.

Reichskriegsminister Freiherr v. Schönaich über die Reform des Einjährig-Freiwilligendienstes.

Wien, 21. Oktober.

Reichskriegsminister G. v. S. Freiherr v. Schönaich sprach in der heutigen Sitzung des Heeresauschusses der ungarischen Delegation unter anderem auch über den Umfang der nach dem neuen Wehrgesetze in Aussicht genommenen Reformen im Einjährig-Freiwilligendienst. Er teilte mit, daß die Meldungen über eine Abschaffung dieser Institution gänzlich unbegründet seien, und kam sodann auf die geplanten Neuerungen zu sprechen. Er kündigte in Bestätigung unserer früheren Meldungen an, daß nach Inkrafttreten des neuen Wehrgesetzes der Einjährig-Freiwilligendienst grundsätzlich auf Staatskosten zu abgeleistet werden müssen. Ausgenommen von dieser Verfügung werden nur die bei der Kavallerie, der reitenden Artillerie und der Traintruppe dienenden Einjährig-Freiwilligen sein.

Der Minister erklärte weiters, daß die Befähigungsprüfung zum Einjährigendienst in Zukunft entfallen werde. Bislang konnten jene jungen Leute, welche die wissenschaftliche Befähigung für den Einjährig-Freiwilligendienst durch eine Prüfung im Umfange des Lehrstoffes einer oberen Klasse einer Mittelschule nachzuweisen in der Lage waren, den Anspruch auf eine nur einjährige Präsenzdienstleistung zu erheben. Nach dem neuen Wehrgesetze wird das Einjährigerecht von der Vorlage von Zeugnissen über die Absolvierung der letzten Klasse einer Mittelschule oder einer dieser gleichgestellten Anstalt abhängig gemacht. Die Ablegung einer Prüfung wird nicht mehr genügen.

Eine weitere Verfügung des neuen Gesetzes erstreckt sich nach den Mitteilungen des Ministers den Termin der Geltendmachung des Einjährig-Freiwilligenrechtes bis zum Tage der Einrückung zur aktiven Dienstleistung. Durch diese Maßnahme wird den Absolventen der letzten Klassen der Mittelschulen die Möglichkeit eingeräumt, sofort nach Beendigung ihrer Mittelschulstudien ihrer Dienstpflicht Genüge zu leisten. Dismisgalt der Absentierungstag als letzter Termin.

finden wir uns ganz. Wir brauchen ihn, denn durch ihn werden wir uns selbst erst gewahr. Wir brauchen den Stoß von außen, dann springt unser Inneres plötzlich auf. Und das ist das Einzige, was Lehre, Beispiel, Erziehung für uns tun kann: uns öffnen. Lehrer sind Menschen von einer aufweckenden Kraft, die durch ihr Wort, durch ihren Blick oder auch schon durch das geheimnisvolle Stück ihrer bloßen Gegenwart entbinden, was bisher in uns verschlossen lag. Mehr kann Erziehung nicht. Sie kann mich an mir verhindern, sie kann mich entmutigen, sie kann mich mir verleiden oder sie kann mich zu mir selbst verhelfen. Aber sie kann mir nichts bringen, was ich nicht schon habe, sie kann nichts aus mir machen, was ich nicht selbst schon von allem Anfang bin. Was hilft mir alles, was der Lehrer weiß, wenn es meiner eigenen Art nicht gemäß ist? Jeder weiß nur für sich, was er weiß“, hat Goethe gesagt. Und seit wir in diese Tiefe der Menschennatur gedrungen sind, darf sich keiner mehr vermessen, sein eigenes inneres Gesetz, das nur für ihn gilt, anderen aufzudrängen, denen es sinnlos ist.

Früher hat der Erzieher gefragt: Wie soll der Mensch sein und was muß ich also mit diesem Schüler anfangen, um jenen vorgeschriebenen Menschen aus ihm zu machen? Jetzt erkennen wir, die Frage war falsch. Denn jeder Mensch ist ein neues Versprechen, das nur er erfüllen kann, in seiner eigenen Art. So muß die Frage des Erziehers vielmehr sein: Was ist dieser Mensch, dieser eine Mensch, und wie wird er es ganz, wie wird alles aus ihm, was er werden kann, und nur er, unter Millionen und Millionen Menschen nur dieser eine Mensch? Der Sinn unseres Lebens ist, daß wir uns finden. Erziehung kann uns dabei helfen, indem sie von uns abwehrt, was uns nicht gemäß ist, und uns immer wieder an uns selbst erinnert, immer wieder auf uns selbst zurückführt. Auch durch die alte Erziehung ist ja schließlich doch kein Mensch anders, als er ist, keiner von sich abgebracht worden, sie hat nur die Menschen heucheln und sich schämen und an sich verzweifeln gelehrt, am Ende blieben sie, was sie waren, nur voll Angst und mit schlechtem Gewissen. Aber die neue vermag keinem, was

er ist, sondern macht ihm Mut dazu, Mut und Lust zu seinem eigenen Wesen, und hilft ihm, daß er sich ertragen lerne und guten Gewissens sei, was er nun einmal, ob er mag oder nicht, doch ist und bleibt.

Jeder Mensch hat seinen eigenen Weg zu gehen, das ist der erste Gedanke der neuen Schule. Und der andere ist: Keiner kann einem Menschen seinen Weg zeigen, es findet ihn nur, wer ihn selber sucht, man kann dem Menschen nichts ersparen. Was für einen wahr, für ihn gut, für ihn schön ist, ist es nur für ihn und wird es auch für ihn erst nur durch ihn, indem er es sich aus Eigenem holt. Ein Kind sagt nach, was man ihm vorzagt, aber es hat nichts davon. Sinn und Kraft bekommt dies alles erst, wenn das Kind es am Ende selbst entdeckt, als wäre vor ihm allen unbekannt gewesen. Auch jede alte Wahrheit muß jeder neue Mensch erst am eigenen Leib wieder erleben und erleiden, früher hat er sie nicht. Alle Weisheit wird der Mensch erst inne, wenn er ihrer bedarf und indem er Gebrauch von ihr macht. Und ebenso die Schönheit und ebenso die Pflicht. Aller Inhalt der Erziehung ist, dem jungen Menschen Gelegenheit zu geben, daß er sich entdecke, sich selbst und was für ihn gut, was für ihn schön, was für ihn recht ist, und daß er sich ausüben lerne. Das ist die „neue Schulgesinnung“, wie man es in Deutschland draußen nennt, wo ja seit Jahren schon im Stillen daran gearbeitet wird. Die Wiedersdorfer Schulgemeinde ist das schönste Beispiel. Wir haben in Oesterreich wieder einmal lange gebraucht, nachzukommen. Aber wie das bei uns oft geschieht, daß man lange nichts vernimmt, sozusagen unterirdisch, aber doch irgend ein geheimes Regen und Ringen irgendwo sein muß, das dann plötzlich über Nacht aufschießt, so scheint's holen wir es nun ungestüm nach, und die Freie Schule sieht sich plötzlich jetzt von einer Begeisterung umdrängt, die allen hämischen Spott niederschlägt. Nur in den Kreis der ganz reichen Leute bringt diese Begeisterung nicht. Selbstsam. Sollten gerade den reichen Leuten ihre Kinder nicht so wichtig sein? Aber schließlich werden wir auch ohne sie die Zukunft erreichen.